Nr. 238 20. Jahrg.
Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Freitag, 14. Oktober 1921
Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 16.75 M. Ausgabe B 15.25 M einschließlich Postbestellgeld. Preis der Einzelnummer 40 ₰.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile aller Anzeigen 1.60 M, im Reklameteil 4.— M. — Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Vor der Entscheidung

Die Schlußansprache Graf Ishiis

Genf, 12. Oktober. Die Tagung des Völkerbundes über die oberschlesische Frage ging heute zu Ende. Gegen 6 Uhr abends unterzeichneten die Ratsmitglieder das Schlußprotokoll. Heute abend reist ein besonderer Kurier nach Paris, um dem Präsidenten des Obersten Rates, Briand, das Gutachten des Völkerbundes zu überbringen. Am Schluß der letzten Ratssitzung hielt Baron Ishii, Präsident der Tagung für die oberschlesische Frage, eine Ansprache, in der er ausführte: Der Völkerbundsrat schätzt sich glücklich, bei der Lösung einer der schwierigsten und verwickeltsten Fragen angelangt zu sein. Er hat, davon bin ich überzeugt, eine der wichtigsten Aufgaben, die ihm aufgetragen wurden, mit Erfolg durchgeführt. Es ist dies eine entscheidende Stunde im Leben des Völkerbundes. Gestatten Sie mir, bei dieser feierlichen Gelegenheit im Namen meiner französischen, englischen und italienischen Kollegen, wie auch in meinem eigenen Namen unseren vier Kollegen aus Belgien, Brasilien, China und Spanien dafür zu danken, daß sie dem Rate ihre wertvolle Hilfe gewährten. Das Ergebnis ihrer Arbeiten ist vom Geiste der Rechtlichkeit und hohen Unparteilichkeit erfüllt. Gleichzeitig kann ich nicht umhin, den ehrenwerten Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Sie haben trotz der großen nationalen Interessen, die auf dem Spiele standen, eklatante Beweise ihrer Versöhnlichkeit gegeben. So gelang es uns, eine glückliche Lösung des Problems zu erzielen. Schließlich bitte ich Sie, meinen persönlichen tiefgefühlten Dank dafür entgegenzunehmen, daß Sie mir die unverdiente Ehre erwiesen, bei dieser denkwürdigen, nunmehr geschichtlichen Sitzung über die oberschlesische Frage zu präsidieren, deren soeben erfolgte Lösung nicht verfehlen wird, in hohem Maße zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt beizutragen.

Die amtliche Mitteilung des Rates

Genf, 12. Oktober. Die amtlichen Mitteilungen des Völkerbundsrates, die heute abend nach Schluß der Tagung ausgegeben wurden, vermeiden jede Angabe über die neue Grenze, teilt aber mit, daß sie durch das Industriegebiet geht. Im übrigen gelten die Mitteilungen ausschließlich den Vereinbarungen, mit deren Hilfe die wirtschaftliche Ungeheuerlichkeit dieser neuen Grenzführung abgeschwächt werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen beziehen sich auf die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten, die Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für gewisse Produkte, wie Kohle und Zink, und den Schutz der politischen Minoritäten. Alle diese Bestimmungen gelten nur für eine Uebergangszeit, die in den einzelnen Fällen verschieden bemessen ist und höchstens 15 Jahre dauern soll.

Der Beschluß des Obersten Rates über die Lösung der oberschlesischen Frage soll erst nach erfolgter Motivierung an die Regierungen in Berlin und Warschau veröffentlicht werden.

Der Protest der deutschen Botschafter

Paris, 12. Oktober. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Sthamer, und der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, entledigten sich gestern ihrer Aufgaben auf dem Quai d'Orsay bezw. im Foreign Office und legten Protest gegen eine Aufteilung des oberschlesischen Industriegebietes ein. Ueber die Besprechungen des deutschen Botschafters in London, Dr. Sthamer, mit Lord Curzon erfährt der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien", daß der deutsche Botschafter auf die Gefahr hingewiesen habe, die die Regierung Wirth laufe, wenn den gerechten Ansprüchen Deutschlands auf Oberschlesien nicht Genugtuung widerführe. Dem „Petit Parisien" zufolge hätte Lord Curzon die Unterredung kurz abgebrochen und dem deutschen Botschafter ohne Zweideutigkeit erklärt, daß die englische Regierung geduldig die Entscheidung des Völkerbundsrates erwarte und in dieser Angelegenheit nur eine Aufgabe kenne, nämlich die vollkommene Durchführung der Entscheidung in Gemeinschaft mit den Alliierten.

Rotterdam, 12. Oktober. Laut dem „Courant" meldet Reuter gestern abend: Der Besuch des deutschen Botschafters bei Lloyd George dauerte drei Stunden. Unmittelbar nach der Besprechung berief Lloyd George die in London aufhältlichen Mitglieder des englischen Kabinetts zu sich.

Paris, 12. Oktober. Zum Besuch des deutschen Botschafters beim Ministerpräsidenten meldet Havas noch: Der Botschafter soll beim französischen Ministerpräsidenten den letzten Versuch gemacht haben, ihm die Schwierigkeiten darzulegen, die für Deutschland im Falle einer ungünstigen Lösung der oberschlesischen Frage entstehen würden. Eine derartige Lösung würde nicht nur schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, sondern auch einen politischen Rückschlag, der imstande wäre, den Sturz des Kabinetts Wirth hervorzurufen. Es ist, so sagt Havas, unzweifelhaft, daß dieser allerletzte Ueberzeugungsversuch wirkungslos sein wird. Denn die alliierten Regierungen werden in ihrer Entscheidung die Teilung annehmen, die der Völkerbundsrat empfiehlt.

Die meisten Blätter erklären heute vormittag, daß die Entscheidung in Genf gefallen sei, die der Völkerbundsrat abends dem derzeitigen Vorsitzenden des Obersten Rates Briand mitteilen werde. Die Entscheidung des Völkerbundsrates werde morgen in Paris erwartet und jedenfalls zum Wochenende bekanntgegeben werden.

Vor der Lösung

London, 12. Oktober. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, daß der Völkerbundsrat einstimmig einen Beschluß faßte über die Lösung der oberschlesischen Frage, der den Alliierten anempfohlen wurde. Gleiwitz, Hindenburg, Tarnowitz und Beuthen würden Deutschland, Kattowitz und Königshütte Polen zugesprochen. Es sei unsicher, wann und wie der Beschluß des Völkerbundsrates veröffentlicht werde. Es verlautet, daß General Lerond in Oberschlesien die Entscheidung 48 Stunden vorher mitgeteilt werde, damit er alle Maßnahmen treffen könne, die vielleicht notwendig seien, um etwaige Unruhen zu verhüten.

Paris, 12. Oktober. Pertinax schreibt im „Echo de Paris", der brasilianische Delegierte Da Cunha habe dem Vertreter des „Matin" bestätigt, daß die Arbeiten des Völkerbundsrates zu Ende sind. Nach Pertinax wird mit Ausnahme von Kattowitz das gesamte Industriegebiet Deutschland zugesprochen und die wirtschaftliche Einheit durch eine internationale Kommission aufrechterhalten werden. Da Cunha erklärte dem „Matin" zufolge: „Wir halten die dem Obersten Rat von uns übermittelte Ansicht für wohlbegründet und als die beste Lösung. — „Petit Parisien" bestätigt die Meldung des „Echo de Paris", daß außer den Kreisen Pleß und Rybnik die Bezirke Kattowitz und Königshütte Polen zugesprochen werden und daß während der Uebergangsperiode die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrecht erhalten bleiben soll.

Eine Konferenz des Obersten Rates

London, 12. Oktober. Evening Standard berichtet, es sei sehr wahrscheinlich, daß eine Sonderkonferenz des Obersten Rates einberufen werden würde, um den vom Völkerbundsrat über die oberschlesische Frage verfaßten Bericht zu erwägen. Man glaube, daß die Konferenz des Obersten Rates innerhalb der nächsten 8 bis 10 Tage in London stattfinden werde.

London, 12. Oktober. Zu der Meldung, daß im Foreign office kein Bericht über die Vorschläge des Unterausschusses eingegangen sei, erfährt Reuter, daß im Foreign office nichts von einer angeblichen Mitteilung der Bedingungen aus Genf nach London bekannt sei. Es herrsche die Meinung, daß über das oberschlesische Problem an den Völkerbundsrat berichtet worden sei, und daß die verbündeten Premierminister sich bereit erklärt hätten, jede Anempfehlung anzunehmen, zu der der Rat sich entschließen sollte.

Eine Erklärung des Reichskanzlers

Berlin, 12. Oktober. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler Dr. Wirth der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundsrat in Genf, soweit sich aus unwidersprochenen Nachrichten entnehmen lasse, über das oberschlesische Gebiet in einer Weise verfügt habe, die weder der durch die Abstimmung klar zutage getretenen Willenskundgebung der oberschlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht. Treffen diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswert und Kulturgütern von deutschem Fleiß und deutschem Geist geschaffen worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volke als Vergewaltigung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Beunruhigungen und Zwistigkeiten würden die Folge sein. Dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine

unheilbare Wunde

geschlagen werden.

Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler: Falls die Entscheidung so fällt, wie zu befürchten ist, so ist eine neue Lage geschaffen, die die Voraussetzungen einschneidend beeinflußt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt. Der Reichskanzler stellte dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

„Reichskanzler werde hart, wir sind es"

Kattowitz, 12. Oktober. Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien hat heute folgendes Telegramm an den Reichskanzler Dr. Wirth gesandt:

Mit steigender Besorgnis hat der Deutsche Ausschuß von den Nachrichten aus Genf Kenntnis genommen. Wir können nicht glauben, daß sie richtig sind. Denn eine solche Entscheidung wäre eine Katastrophe für das gesamte Wirtschaftsleben Oberschlesiens. Die Vergewaltigung des Rechtes können wir nicht hinnehmen. Wir rufen in letzter Minute noch einmal das Reich an. Das Zentrum, die Demokratische und die Sozialdemokratische Partei haben von sich aus dem Reichskanzler ihren Rechtsstandpunkt selbstständig dargelegt, daß sie ein Verbleiben ihrer Parteivertreter im Kabinett einer solchen Entscheidung gegenüber für undenkbar halten. So denkt aber auch der Deutsche Ausschuß in seiner Gesamtheit, in dem in völliger Einigkeit alle deutschen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen ständigen Körperschaften Oberschlesiens vertreten sind. Wir haben es verstehen können, daß das Ultimatum der Entente von der Reichsregierung angenommen worden ist, um Oberschlesien für das Deutschtum zu retten. Wir würden es nicht mehr verstehen, wenn diesem neuen Rechtsbruch gegenüber die Reichsregierung nicht alle Konsequenzen ziehen würde. Es erscheint uns völlig ausgeschlossen, daß die Reichsregierung etwa dem Ansinnen des Völkerbundsrates nachgeben könnte, dem Wechselbalg, den man uns mit dem autonomen Wirtschaftsgebilde oder ähnlichem unterzuschieben gedenkt, durch die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands Leben einzuhauchen. Wenn der Völkerbundsrat nicht wagen will, Recht Recht bleiben zu lassen, so müssen wir es von uns weisen, Gegenstand unsinniger politischer und wirtschaftlicher Experimente zu sein. Wir fordern unser Recht, wir fordern aber auch von dem Reiche, daß es unser Recht verfechtet ohne Rücksicht darauf, ob dem einzelnen hier wieder schwere Tage bevorstehen mögen. Reichskanzler werde hart, wir sind es!"

Fair play

Ehrliches Spiel! — Dieses Wort stammt vom englischen Ministerpräsidenten Lloyd George und wurde von ihm angewandt, als er im Unterhaus am 13. Mai 1921 seine große Rede über Oberschlesien hielt. Damals betonte Lloyd George, daß Polen geschichtlich kein Recht auf Oberschlesien habe und prägte den vielzitierten Satz: „Ich hoffe, daß, obwohl es sich um Deutsche handelt, wir immer zeigen werden, daß wir für „Fair play" eintreten. Eine Auffassung, nach der es den Polen gestattet sein sollte, in Verachtung des Friedensvertrages Oberschlesien wegzunehmen, eine Auffassung, die den Deutschen nicht gestattet, sich in einer Provinz zu verteidigen, die ihnen 200 Jahre gehört hat und die 600 Jahre lang gewiß nicht polnisch war, wäre entehrend und unwert der Ehre eines Landes." Wir brauchen außerdem nicht daran zu erinnern, wie nach den Tagen der Pariser Konferenz Lloyd George zu wiederholten Malen vor der ganzen Welt die Meinung kundgegeben hat, daß die Alliierten sich der schweren Verantwortung unwert erzeigen würden, wenn sie eine Lösung annähmen, die keine Achtung in der Welt zu erwecken vermöchte; und ebenso klar pflegte damals Lloyd George davon zu sprechen, daß die Annahme einer solchen Lösung nichts anderes zu bedeuten haben würde, als die Heraufbeschwörung eines Konfliktes für spätere Zukunft. Man wird sich noch daran erinnern, daß Lloyd George am 16. August 1921 über die Einheit des Industriebezirks gesprochen hat und ausdrücklich anerkannte, daß, wenn man das Gebiet als einheitliches Ganzes betrachtet, es sich in Wirklichkeit um eine deutsche Mehrheit handele.

Die Nachrichten, die nunmehr aus der Auslandspresse über die in Genf getroffenen Entscheidungen bezüglich Oberschlesiens zu uns hereindringen, lassen sich mit diesem Standpunkt Lloyd Georges nicht in Einklang bringen. Noch kennen wir den endgültigen Spruch der Entente nicht, aber wie man sagt, sei die Entscheidung bereits in Genf gefallen. Und wenn man auch in der Beurteilung der vielen Gerüchte äußerst vorsichtig sein muß, so ist in ihnen doch der eine Zug erkennbar, daß der Versuch gemacht wird, das deutsche Recht auf dieses deutsche Land zu beugen. Weiß man auf seiten der Entente nicht mehr, was Elsaß-Lothringen für die Welt bedeutete? Ein zweites Elsaß-Lothringen muß an Deutschlands Ostgrenze entstehen, wenn England sein „Fair play" aufgibt, um Frankreichs Polenpolitik zum Siege zu verhelfen. Wird man in England diese diplomatische Niederlage erleiden wollen?

Mit der oberschlesischen Frage sind aber noch zwei andere Fragen von weittragendster Bedeutung verknüpft. Oberschlesiens Bedeutung ist in gleicher Weise national wie international. Denn mit dem oberschlesischen Problem ist eng verknüpft die Erfüllungspolitik, die Deutschland seit den Tagen des Ultimatums mit Energie und Zielbewußtheit getrieben hat, weil es des Glaubens war, daß damit ein Prozeß eingeleitet würde zum Wiedererwachen einer großen friedlichen Wirtschaftspolitik. Niemals hat die Regierung und haben die Parteien, die das Ultimatum in jenen schweren und dunklen Tagen Deutschlands annahmen, einen Zweifel daran gelassen, daß die Erfüllung der Verpflichtungen in großem Maße abhängig sei von der Zukunft des oberschlesischen Industriegebietes und seiner Zugehörigkeit zu Deutschland. Die Fortsetzung dieser Politik ist in Gefahr, durch einen Fehlspruch der Entente zuungunsten Deutschlands von der Entente selbst sabotiert zu werden. Kann man damit rechnen, daß sich in Deutschland noch Parteien finden werden, die gewillt sind, die Verantwortung im Sinne einer Politik des restlosen Erfüllungswillens zu tragen, wenn diejenigen, denen an den materiellen Werten der Wiederherstellung am meisten liegen müßte, uns der Mittel berauben, die Voraussetzung für einen praktischen Versuch nach dieser Richtung sind. Im Kabinettsrat am 12. dss. Mts., in dem die äußerst pessimistischen Nachrichten aus Genf eine recht erregte Stimmung schufen, betonte der Reichskanzler, daß bei einer Bestätigung dieser Nachrichten für das Reichskabinett eine neue Lage geschaffen sei, der man sofort nach Bekanntgabe durch den Obersten Rat Rechnung zu tragen habe.

Die Lage ist zweifellos ernst. Ehe man aber darin eintritt, sich in vagen Vermutungen zu ergehen und innerpolitische Rückschlüsse zu ziehen, wird man gut tun, die faktischen Tatsachen abzuwarten. Deutschland hat von der Entente nichts anderes gefordert als Recht und Gerechtigkeit, dieses Recht, das sich durch das Resultat der Abstimmung von selbst auf seine Seite neigte.

Oberschlesien — ein Wechselbalg?

Der neueste Genfer Plan

(Von unserem oberschlesischen Mitarbeiter)

Durch die oberschlesische Presse geht in verschiedenen Lesarten eine aus Genf stammende Nachricht über die voraussichtliche Entscheidung. Eine Nachricht, die, in sich betrachtet unglaubwürdig, ja geradezu märchenhaft klingt, die aber im Zusammenhang mit anderen Meldungen und gewissen Umständen ein höchst bedenkliches Gesicht erhält. Faßt man die verschiedenen Lesarten in Kürze zusammen, so ergibt sich folgende Nachricht:

Der Teil Oberschlesiens, der sich zusammensetzt aus den Stadt- und Landkreisen Kattowitz, Beuthen, Königshütte, Pleß, Rybnik, Tarnowitz und halb Lublinitz kommt politisch unter die Souveränität Polens, wirtschaftlich jedoch, und zwar in Verbindung mit dem Gebiete von Teschen-Bielitz, als autonomes Gebiet unter die Kontrolle des Völkerbundes. Mit Deutschland bleibt dieses Oberschlesien durch Münz-, Verkehrs- und Zolleinheit verbunden. Es wird zu bestimmten Kohlenlieferungen an Deutschland verpflichtet, und seine Bewohner bleiben vom polnischen Militärdienste befreit.

Dieser Plan soll in dem Gutachten enthalten sein, das die beiden vom Völkerbundsrat mit der oberschlesischen Frage betrauten Sachverständigen, der Tschechoslowak Hodatsch und der Schweizer Herold auf Grund ihrer Vernehmung der polnischen und deutschen Oberschlesier dem Völkerbundsrate zu erstatten haben. Es steht also jedenfalls noch nicht fest, ob der Völkerbundsrat oder seine oberschlesische Viererkommission diesen Gedanken akzeptieren und dem Obersten Rate zur formellen Entscheidung vorlegen werden.

SLUB
Wir führen Wissen.